



Redebeitrag der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh zur Demonstration  
UnHeimLich Sicher gegen die IMK 2018  
Magdeburg | 24. November 2018

Als Initiative in Gedenken an Oury Jalloh kämpfen wir seit 14 Jahren für die Aufklärung der Todesumstände von Oury Jalloh. Oury Jalloh wurde am 7. Januar 2005 im Polizeirevier Dessau von den dortigen Polizeibeamten an Händen und Füßen gefoltert, festgekettet und angezündet. Er verbrannte bis zur Unkenntlichkeit.

Die Ermittler des Landeskriminalamtes, die im Auftrag des Innenministeriums von Sachsen-Anhalt an den Tatort geschickt wurden, taten alles, um Spuren zu vernichten anstatt sie zu sichern. Selbst die Staatsanwaltschaft Dessau hat im letzten Jahr eingeräumt, dass das wichtigste Beweismittel, ein halbverschmorter Feuerzeugrest, der drei Tage später erstmals im Labor des LKA aufgetaucht war, nur rein theoretisch am Tatort gelegen haben kann und von Mitarbeitern der Tatortgruppe nachträglich in eine Brandschutttüte gesteckt wurde. Dieses manipulierte Beweismittel benutzten Polizei und Justiz, um der Öffentlichkeit glauben zu machen, Oury Jalloh habe das Feuer selbst gezündet. Gleichzeitig diente es als Alibi für die Polizeibeamten, die Oury Jalloh umgebracht haben und schützte sie vor Strafverfolgung. Von Anfang an spielte das Innenministerium von Sachsen-Anhalt eine entscheidende Rolle bei den Ermittlungen, denn es diktierte die Ermittlungsausrichtung und die Untersuchungsaufträge im Fall von Oury Jalloh einseitig in Richtung Selbstentzündungsthese.

Das Innenministerium von Sachsen-Anhalt trägt die Verantwortung für die Umstände des Mordes an Oury Jalloh – weil rechtes Gedankengut innerhalb der Polizeibehörden nicht bekämpft, sondern gefördert und befördert wird. Drei Menschen wurden im Polizeirevier Dessau brutal getötet, weil rassistische und menschenverachtende Polizeipraktiken in diesem Revier nicht die Ausnahme, sondern die Regel waren. Bereits 1997 verstarb Hans-Jürgen Rose an schwersten innerlichen Verletzungen, nachdem er im Polizeirevier festgehalten und mit Schlagstöcken so schwer gefoltert worden war, dass er den nächsten Tag nicht überlebte. Im Jahr 2002 verstarb Mario Bichtemann in derselben Zelle wie Oury Jalloh an einem Schädelbasisbruch. Auch in diesen beiden Fällen wurde in Rahmen der Ermittlungen alles getan, um von den eigentlichen Tätern, den Polizisten des Dessauer Reviers abzulenken. Auch nach zwei Toten war nicht Schluss. Es gab ja auch so gut wie keine Konsequenzen für die Folterpolizisten. Dass Polizisten aus dem Dessauer Polizeirevier Menschen folterten und sogar ermordeten, störte die vorgesetzten Dienststellen, die Polizeipräsidenten von Dessau und das Innenministerium, gar nicht. Drei Jahre später verbrannten die Polizeibeamten desselben Reviers dann den aus Sierra Leone geflüchteten Oury Jalloh.

„Schwarze brennen nun mal länger“ hat ein hoher Polizeibeamter kurze Zeit später scherzhaft auf einem Führungstreffen in Halle gesagt. Derselbe Beamte wurde befördert. Derjenige, der ihn anzeigte hatte, wurde jedoch „strafversetzt“ – und zwar nach Dessau.

So haben beispielsweise auch Brigitte Scherber-Schmidt und Karl-Heinz Willberg – zwei langjährige Polizeipräsidenten der Polizeidirektion in Dessau die „Nicht-Aufklärung“ des Mordes an Oury Jalloh und gleichzeitig die massive Repression gegen die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh zu verantworten. Infolge ihrer Tätigkeiten in Dessau sind beide direkt ins Innenministerium von Sachsen-Anhalt aufgestiegen und leiteten im Doppelpack über viele Jahre die Abteilung der Polizei. Es sollte wirklich jedem zu denken geben, dass über viele Jahre hauptsächlich ehemalige Polizeipräsidenten aus Dessau in die Polizeiführung des Innenministeriums rekrutiert wurden.

Die Erkenntnisse über den Fall von Oury Jalloh und die einhergehende Personalpolitik des Polizeiapparates des Bundeslandes Sachsen-Anhalts erklären eindrücklich die rassistischen, absolut menschenverachtenden und repressiven Praktiken des Innenministeriums von Sachsen-Anhalt. Gleichzeitig geben sie Einblick in die generelle Struktur derartiger staatlicher Institutionen, die nicht für das Leben, sondern konsequent für den Ausbau faschistischer Strukturen in der BRD arbeiten.

Straffrei mordende Soldat\*innen und Polizist\*innen und straffrei rechtsbeugende Beamt\*innen wie Schreibtischtäter\*innen im Auftrag des Deutschen Staates stehen im wiederkehrenden Widerspruch zur angeblichen Bindung an nationale Gesetze und international anerkannte Verpflichtungen.

Die universellen Menschenrechte, die Menschen unabhängig von Stand und Uniform einem bedingungslosen Gleichbehandlungsgebot unterwirft, sind grundsätzlich nicht verhandelbar. Daran ändert auch eine vermeintlich unabhängige Justiz nichts, die sich regelmäßig von Staatsraison korrumpiert zeigt und sich – wie der Generalbundesanwalt im NSU – ganz offiziell als nicht zuständig für die strafrechtliche Sanktionierung staatlicher Verbrechen erklärt.

Die Eskalation ist strategisch geplant und längst an denen „erprobt“ worden, denen Grund- und Freiheitsrechte ganz grundsätzlich und strukturell verweigert werden. Es waren und sind Geflüchtete, denen Selbstbestimmung und Menschenrechte willkürlich aberkannt wurden und werden. Bewegungsfreiheit wurde per Residenzpflicht kriminalisiert. Biologische Datenbanken und deren transnationales Management war der Probelauf für das, was später für alle eingeführt wurde.

Auch das Outsourcing behördlicher Strukturaufgaben an unkontrollierbare EU-Agenturen begann mit FRONTX im Krieg gegen illegalisierte Migration – erst dann wurden vergleichbare Agenturen für den ungehinderten Datenaustausch von Polizeien und Geheimdiensten zur europaweiten Repression gegründet. Gemessen an dem, sollten uns Anker-Zentren zur massenhaften Freiheitsberaubung und die Umnutzung von Hamburger Lagerstrukturen zu bürgerkriegsmäßigen Gefängnissen beim „Gipfel der Demokratie“ im letzten Jahr zu denken geben. Unsere Solidarität darf nicht immer erst dann erwachen, wenn das sprichwörtliche Kind schon längst im Brunnen liegt, weil wir jahrzehntelang nur zugeschaut haben, wie es mit den „Anderen“, den „Illegalen“ und rassistisch Entrechteten erfolgreich erprobt worden ist.

Die aktuell geplanten Verschärfungen im sogenannten präventiven Polizeirecht erwecken den Eindruck, als ob aktuell rechtswidrige Gewaltpraktiken im Nachgang quasi „legalisiert“ werden sollen. Flächendeckendes Racial Profiling, die faktische Aushebelung von Grund- und Freiheitsrechten durch willkürliche und intransparente, sogenannte Gefahrengebiete, die Verschärfung von sogenannten Widerstandsstraftatbeständen gegen bestens gepanzerte Vollstreckungsbeamte bis hin zur grotesken Definierung sogenannter „Passivbewaffnung“ von Menschen, welche sich vor exzessiven Einsatz von chemischen Kampfstoffen - nicht nur im Rahmen von Demonstrationen - schützen wollen. Diese Entwicklungen zeichnen den Weg in einen Polizei- und Willkürstaat.

Die anhaltende militärische Spezialisierung und kriegstechnische Aufrüstung von immer mehr „Spezialeinheiten“ der Landes- und Bundespolizeien, das Auffahren von Panzerfahrzeugen mit Maschinengewehren im Einsatz gegen Demonstranten und die routinemäßige Ausrüstung von Polizisten mit Granaten ermöglichen v.a. Szenarien asymmetrischer Kriegsführung gegen die eigene Zivilbevölkerung.

Das, was hier gerade aus dem Ruder läuft, kann nur durch uns selbst wieder eingefangen werden - durch Selbstorganisation und solidarische Vernetzung - unabhängig von Manipulation und Einfluss staatlicher Institutionen.

In diesem Sinne rufen wir euch auf, am 7. Januar 2019 nach Dessau zu kommen und mit uns gemeinsam dem Tod von Oury Jalloh zu Gedenken.

Wir haben der Straffreiheit für Täter\*innen in Diensten des Staates genauso wie der passiven und aktiven Unterstützung von Straftaten gegen migrantische Leben in Deutschland lange genug nur zugeschaut oder hinterherermittelt - es ist Zeit für Veränderungen!

**Kein Vergeben - Kein Vergessen!**

**Kein weiteres Opfer!**

**Zivilgesellschaftliche Kontrolle gegen staatlichen Gewaltmissbrauch!**

**Oury-Jalloh-Komplex aufklären! - Internationale Unabhängige Kommission unterstützen!**

**Oury Jalloh - Das war Mord!**